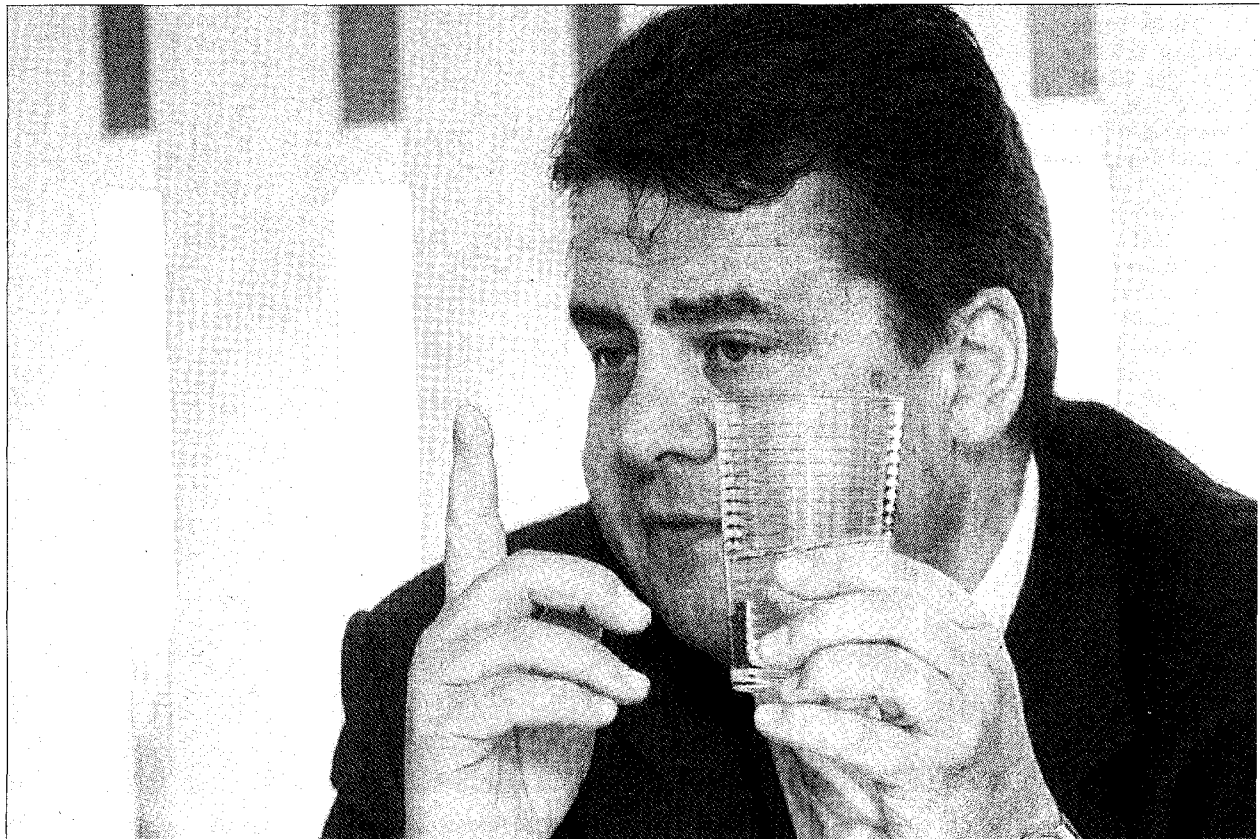


„Schicke Ihnen einen meiner Experten“

Von Malte Hinz

Lünen. Bevor er sich im Lippewerk umsehen und dort mit den Remondis-Verantwortlichen auch über die Novellierung der Abfallrahmenrichtlinie sprechen konnte, traf sich Umweltminister Sigmar Gabriel am Freitag mit der Bürgerinitiative gegen das geplante Trianel-Kohlekraftwerk. Und bezogen auf deren Sorge um Luftqualität und Schadstoffmessungen überraschte er mit einem unerwarteten Angebot: „Ich schicke Ihnen einen Experten aus meinem Haus, mit dem Sie all diese Fragen klären können.“

Die BI um ihren Sprecher Thomas Matthée nahm dieses Angebot ebenso dankend an, wie Minister Gabriel deren Resolution gegen die Kraftwerksplanungen im Lünen Stummhafen. Darin fasst die Initiative ihre Argumentation gegen das Projekt zusammen, verweist auf mittlerweile 6 138 Unterstützungsschriften für ihren Einwohnerantrag gegen das Kraftwerk und bittet den Bundesumweltminister, sie in der Forderung zu unterstützen, das Trianel-Vorhaben nicht zu genehmigen. Letzteres werde er auf keinen Fall tun, machte Gabriel deutlich: „Zum einen bin ich nicht Genehmigungsbehörde, zum anderen bin ich sehr dafür, dass solche Kohlekraftwerke gebaut werden.“ Dies sei energiepolitisch wie aber auch aus Klimaschutzgründen „absolut erforderlich“. Immerhin wolle Trianel in Lünen eines der „weltbesten Kraftwerke“ bauen. Kohle sei derzeit noch mit gut 50 Prozent an der Stromerzeugung beteiligt. Auch wenn es gelinge, bis zum Jahr 2020 „ehrgeizige 30 Prozent“ des Strombedarfs aus der Nutzung erneuerbarer Energien zu decken, wenn gleichzeitig der Gas-Einsatz nicht wesentlich über 10 Prozent wachsen könne „und wir - was ich will - aus der Kernenergie aussteigen“, dann müsse weiter auf Kohle-Strom gesetzt werden. Nur so sei eine „preiswerte Grundlastversorgung“ der Industrie zu gewährleisten - und dies sei Voraussetzung dafür, „dass wir Industriearbeitsplätze in diesem Land halten“, so Gabriel. Kohle habe natürlich den Nachteil der Kohlendioxidfracht. Aus diesem Grunde



Mit einem Wasserglas, das im Verlauf des Vortrags immer leerer wurde, machte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die per Verordnung entwickelte Entwicklung des klimaschädigenden Kohlendioxidausstoßes von Kraftwerken deutlich. (Bild: Jochen

lingen, den Kohlendioxid-Ausstoß über die bereits jetzt erzielten 56 Millionen Tonnen hinaus in den Jahren 2008 bis 1012 noch einmal um insgesamt 60 Millionen Tonnen zu senken. Ab 2013 gebe es dann eine weitere deutliche Absenkung - „weil dann ohnehin nur noch Kraftwerke gebaut werden dürfen, die nahezu CO₂-frei sind oder für die Emissionsberechtigungen erworben wurden“, versicherte Gabriel. Bezogen auf Klimaschutzaspekte in der Debatte über das Trianel-Kraftwerk sei er deshalb „ganz anderer Meinung als die Bürgerinitiative“, so der Minister gestern in der SPD-Geschäftsstelle. Mit Blick auf das Projekt im Stummhafen bedauere er „aber natürlich auch, dass hier Kraft-Wärme-Kopplung nicht vorgesehen ist“. In diesem Zusammenhang unterstütze er Forderungen nach einem „speziellen Förderpro-

gramm“ für den Bau von Abwärmleitungen.

„Aug' in Aug'“ mit dem Bundesumweltminister fragte BI-Sprecher Thomas Matthée dann doch noch einmal nach, ob Gabriel denn zusage könne, dass für das Trianel-Kraftwerk „ein altes abgeschaltet wird“. Das werde „zwingend so sein“, versicherte der Minister daraufhin, denn schließlich würden die Regelungen zum Emissionshandel dafür sorgen, „dass alte Anlagen völlig unwirtschaftlich werden“. Mit den Betreibern von Braunkohlekraftwerken gebe es im übrigen entsprechende vertragliche Vereinbarungen.

Die Sorge um die Luftqualität in Lünen könne er nachvollziehen - „aber das lässt sich doch klären“. Immerhin habe Deutschland die schärfsten Umweltschutzregelungen und Grenzwerte. Gabriel wörtlich: „Und wenn es hier Lücken bei den Messungen in Lünen gibt, dann kann man die doch schließen.“ Im übrigen seien Bürgerinitiativen aus seiner Sicht längst nicht immer „die Verhinderer“. In der Regel sei es vielmehr so, „dass immer dann, wenn sich Bürgerinitiativen einschalten, die Planung insgesamt besser wird“, so der Minister. Und der heimischen Bürger-

AUFGESCHNAPPT

■ Begrüßt wurde Bundesumweltminister Gabriel in der Lünen SPD-Zentrale auch vom stellv. Bürgermeister Weineck, Landrat Makiolla, SPD-Bundestagsabgeordneten Wiefelspütz, Landtagsabgeordneten Schmeltzer, stellv. Fraktionsvorsitzenden Becker.

■ Am Gespräch mit der Bürgerinitiative war auch Hans-Georg Hamelmann beteiligt. Nach 34-jähriger Mitgliedschaft ist er aufgrund der befürwortenden Haltung der Lünen SPD zum Trianel-Kraftwerk zum 1. Juli aus der Partei ausgetreten - zu Gabriel meinte er: „Bis dahin darf ich ja noch Sigmar zu dir sagen.“

■ Neben einer Resolution für den Minister gab es für die Bewohner von Altlünen Flugblätter der BI mit der Aufforderung, die dortigen Ratsmitglieder auf das Kraftwerk anzusprechen - garniert mit Namen und Telefonnummern der Stadtverordneten.

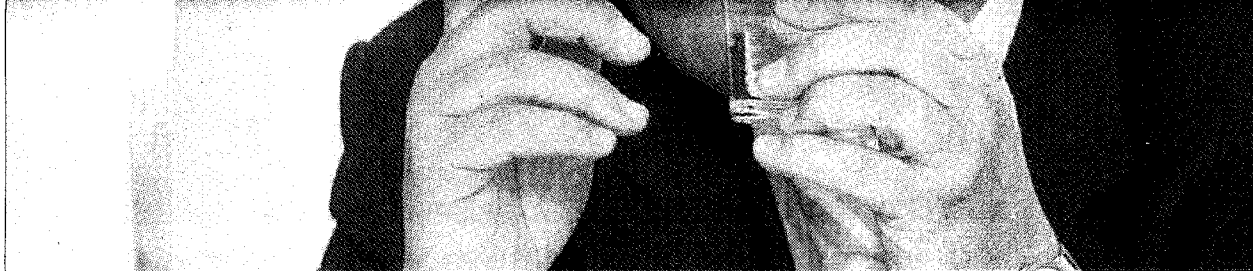
■ Von Stadtverbandsvorsitzendem Kleine-Frauns erhielten Lünens SPD-Mitglieder einen Brief mit der schriftlichen Begründung für das Ja der SPD Lünen zum Kraftwerkprojekt



Die BI um ihren Sprecher Thomas Matthée nahm dieses Angebot ebenso dankend an, wie Minister Gabriel deren Resolution gegen die Kraftwerksplanungen im Lüner Stummhafen. Darin fasst die Initiative ihre Argumentation gegen das Projekt zusammen, verweist auf mittlerweile

6 138 Unterstützungsunterschriften für ihren Einwohnerantrag gegen das Kraftwerk und bittet den Bundesumweltminister, sie in der Forderung zu unterstützen, das Trianel-Vorhaben nicht zu genehmigen. Letzteres werde er auf keinen Fall tun, machte Gabriel deutlich: „Zum einen bin ich nicht Genehmigungsbehörde, zum anderen bin ich sehr dafür, dass solche Kohlekraftwerke gebaut werden.“ Dies sei energiepolitisch wie aber auch aus Klimaschutzgründen „absolut erforderlich“. Immerhin wolle Trianel in Lünen eines der „weltbesten Kraftwerke“ bauen. Kohle sei derzeit noch mit gut 50 Prozent an der Stromerzeugung beteiligt. Auch wenn es gelinge, bis zum Jahr 2020 „ehrgeizige 30 Prozent“ des Strombedarfs aus der Nutzung erneuerbarer Energien zu decken, wenn gleichzeitig der Gas-Einsatz nicht wesentlich über 10 Prozent wachsen könne „und wir - was ich will - aus der Kernenergie aussteigen“, dann müsse weiter auf Kohle-Strom gesetzt werden. Nur so sei eine „preiswerte Grundlastversorgung“ der Industrie zu gewährleisten - und dies sei Voraussetzung dafür, „dass wir Industriearbeitsplätze in diesem Land halten“, so Gabriel.

Kohle habe natürlich den Nachteil der Kohlendioxid-Fracht. Aus diesem Grunde müssten - und dies sei durch die bindenden Regelungen zum Emissionshandel gewährleistet - für neue und sauberere Kraftwerke „alte Dreckschleudern“ vom Netz genommen werden. Bis 2012 seien jedenfalls 3 Braun- und 6 Steinkohlekraftwerke geplant. Durch die Schließung von Altanlagen werde es ge-



Mit einem Wasserglas, das im Verlauf des Vortrags immer leerer wurde, machte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die p
verordnete Entwicklung des klimaschädigenden Kohlendioxidausstoßes von Kraftwerken deutlich. (Bild: Jochen

lingen, den Kohlendioxid-Ausstoß über die bereits jetzt erzielten 56 Millionen Tonnen hinaus in den Jahren 2008 bis 1012 noch einmal um insgesamt 60 Millionen Tonnen zu senken. Ab 2013 gebe es dann eine weitere deutliche Absenkung - „weil dann ohnehin nur noch Kraftwerke gebaut werden dürfen, die nahezu CO2-frei sind oder für die Emissionsberechtigungen erworben wurden“, versicherte Gabriel. Bezogen auf Klimaschutzaspekte in der Debatte über das Trianel-Kraftwerk sei er deshalb „ganz anderer Meinung als die Bürgerinitiative“, so der Minister gestern in der SPD-Geschäftsstelle. Mit Blick auf das Projekt im Stummhafen bedauere er „aber natürlich auch, dass hier Kraft-Wärme-Kopplung nicht vorgesehen ist“. In diesem Zusammenhang unterstütze er Forderungen nach einem „speziellen Förderpro-



„Aug' in Aug'“: Minister Sigmar Gabriel und BI-Sprecher Thomas Matthée. (Bild: Linz/PiLi)

gramm“ für den Bau von Abwärmeeleitungen.

„Aug' in Aug'“ mit dem Bundesumweltminister fragte BI-Sprecher Thomas Matthée dann doch noch einmal nach, ob Gabriel denn zusage könne, dass für das Trianel-Kraftwerk „ein altes abgeschaltet wird“. Das werde „zwingend so sein“, versicherte der Minister daraufhin, denn schließlich würden die Regelungen zum Emissionshandel dafür sorgen, „dass alte Anlagen völlig unwirtschaftlich werden“. Mit den Betreibern von Braunkohlekraftwerken gebe es im übrigen entsprechende vertragliche Vereinbarungen.

Die Sorge um die Luftqualität in Lünen könne er nachvollziehen - „aber das lässt sich doch klären“. Immerhin habe Deutschland die schärfsten Umweltschutzregelungen und Grenzwerte. Gabriel wörtlich: „Und wenn es hier Lücken bei den Messungen in Lünen gibt, dann kann man die doch schließen.“ Im übrigen seien Bürgerinitiativen aus seiner Sicht längst nicht immer „die Verhinderer“. In der Regel sei es vielmehr so, „dass immer dann, wenn sich Bürgerinitiativen einschalten, die Planung insgesamt besser wird“, so der Minister. Und der heimischen Bürgerinitiative gab er neben dem Angebot, einen Immissionschutz-Experten nach Lünen zu schicken, mit auf den Weg: „Wenn Ihre Bedenken gegen das Kraftwerk zutreffen, dann darf es nirgendwo gebaut werden. Stimmen Ihre Bedenken aber nicht, dann kann das Kraftwerk allerdings auch hier in Lünen stehen.“